

A stylized map of the African continent composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are red, highlighting specific regions in North, West, and Central Africa.

Wem gehört die Sahara?

Mali zwischen internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität

ANNETTE LOHMANN

August 2011

- Al Qaida im islamischen Maghreb – *Al Qaida au Maghreb Islamique* (AQMI) – sorgt für Unsicherheit in Nord- und Westafrika. Mit zunehmend verschwimmenden Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus hat der Konflikt Ausmaße angenommen, die die Stabilität der Anrainerstaaten – allen voran Malis – bedrohen. Dies untergräbt die malischen sowie die internationalen Entwicklungsbemühungen.
- Die Lage in der Zentralsahara verschärft sich weiter: Im Zuge des Bürgerkriegs in Libyen sind Waffen in die Hände von AQMI gelangt. Diese Aufrüstung führt zu einer Verschärfung der Sicherheitslage in der Region.
- Die neue Strategie des malischen Präsidenten, die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Nordregionen zu beschleunigen, ist eine hoffnungsvolle Reaktion, zumal AQMI nicht rein militärisch bekämpft werden kann. Armut, Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen und wirtschaftliche Unterentwicklung bieten einen Nährboden für fundamentalistisches Gedankengut.
- Trotz einer beeindruckenden demokratischen Entwicklung steht die Konsolidierung der malischen Demokratie weiter aus. Nur eine starke Demokratie wird sich erfolgreich gegen die Bedrohung durch den Terrorismus und organisierte Kriminalität wehren können. Dies bedeutet auch die Stärkung der demokratischen Institutionen und die demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors.
- Nationale Ansätze alleine können diesen Herausforderungen nicht gerecht werden, nur eine regionale Kooperation, die sich über Nord- und Westafrika erstreckt, wird einen langfristigen und nachhaltigen Frieden in der Sahara erreichen können. Dafür müssen regionale sicherheitspolitische Strategien, Strukturen und Instrumente unterstützt bzw. wo erforderlich, aufgebaut werden.

Im September 2010 wurden sieben Arbeiter der französischen Energiefirma Areva, darunter fünf Franzosen, ein Togoese sowie ein Madagasse, aus einer Uranmine bei Arlit im nördlichen Niger entführt. Vier der Geiseln befinden sich bis heute in der Gewalt von *Al Qaida au Maghreb Islamique* (AQMI) – Al Qaida im islamischen Maghreb, einer Gruppe, die seit einigen Jahren vor allem durch Entführungen und auch Tötung von Ausländern in der Sahara auf sich aufmerksam macht. Anfang dieses Jahres entführte AQMI zwei Franzosen aus einem Restaurant in Niamey, der Hauptstadt Nigers. Die Geiseln starben im Zuge einer Verfolgung durch nigrische und französische Einheiten auf malischem Territorium. Wahrscheinlich aufgrund seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber Terroristen, hat AQMI Anfang dieses Jahres versucht, den mauretanischen Präsidenten Abdelaziz zu töten. Der Anschlag scheiterte, zeigt aber, wie sich die sicherheitspolitische Lage in der Region zuspitzt. Eine italienische Touristin, die im Februar dieses Jahres im Süden Algeriens von AQMI entführt wurde, bleibt weiter verschwunden. Vermutlich wird sie in der Grenzregion zwischen Mali, Algerien und Niger festgehalten.

Die Konfliktlage in der Zentralsahara: Bedrohung der Stabilität Malis

Aufgrund von durchlässigen Grenzen ist es AQMI gelungen, sich in der Zentralsahara und ihren angrenzenden Staaten auszubreiten.¹ Teile von Mali, Algerien, Niger und Mauretanien sind dadurch zu rechtsfreien Räumen geworden. Keiner dieser Staaten hat die Gewalt über sein gesamtes Territorium. AQMI kontrolliert neben Entführungen vor allem die Schmuggelrouten für Drogen, Waffen und Menschen. So führen mehrere Routen für Kokain aus Lateinamerika direkt durch die Sahara nach Europa.² Auch hat der Heroinschmuggel in Westafrika in der ersten Jahreshälfte 2011 zugenommen.

1. Die Sahara umfasst große Teile von zehn Ländern Nord- und Westafrikas. In dem vorliegenden Papier wird der Fokus auf das Gebiet der Zentralsahara und somit die Länder, die am stärksten von der Konfliktsituation betroffen sind, gelegt. Dabei handelt es sich um Mali, Algerien, Libyen, Mauretanien und Niger. In der Debatte wird hierfür häufig die Bezeichnung »Sahel-Konflikt« gebraucht. In diesem Papier wird bewusst von der »Zentralsahara« gesprochen, da es sich hierbei um die präzisere geographische und politische Bezeichnung handelt, da der Maghreb nicht Teil des Sahels ist, hier aber für eine umfassende Betrachtung unerlässlich ist.

2. Die Schätzungen, wie viel Kokain jährlich durch Westafrika geschmuggelt wird, gehen weit auseinander. Die konservativste Annahme liegt bei 21 bis 35 Tonnen jährlich, das entspräche etwa 13 Prozent des jährlichen Schmuggels von Kokain nach Europa (vgl. UNODC World Drug Report 2011).

Mit zunehmend verschwimmenden Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus hat der Konflikt in der Zentralsahara Ausmaße angenommen, die die Stabilität der Anrainerstaaten – allen voran Malis – bedrohen. Dies untergräbt die malischen sowie die internationalen Entwicklungsbemühungen.

Eine neue Dimension – Al Qaida betritt die Bühne

Al Qaida im islamischen Maghreb trat erstmals Anfang 2007 in Erscheinung, als die *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC), hervorgegangen aus einer fundamentalistischen islamischen Bewegung, die im Zuge des algerischen Bürgerkriegs entstanden war, mit Al Qaida zu AQMI fusionierte. Während lange Zeit die Einschätzung überwog, dass AQMI in erster Linie eine kriminell motivierte Gruppe sei, die sich lediglich der Bezeichnung »Al Qaida« bediene, um (internationale) Aufmerksamkeit zu erhalten, und somit die Verbindung zum Mutternetzwerk keineswegs eindeutig war, gibt es mittlerweile Anzeichen dafür, dass der religiös-fundamentalistische Flügel von AQMI Aufwind erhält. So schickte Osama Bin Laden Ende letzten Jahres eine Videobotschaft, in der er verkündete, die Entführung der Areva-Arbeiter aus dem Niger zu unterstützen. AQMI gab anschließend bekannt, dass Frankreich ausschließlich mit Bin Laden über die Freilassung der Geiseln verhandeln könne. Wiederholt wurde eine Freilassung mit der Forderung des Abzugs der französischen Truppen aus Afghanistan verbunden (neben der Forderung von 90 Mio. Euro für die verbleibenden vier französischen Geiseln). Diese Verknüpfung mit dem internationalen Al Qaida-Netzwerk und dessen politischen Forderungen gibt dem Konflikt eine neue brisante Wendung. Da Frankreich Lösegeldzahlungen ablehnt und den politischen Forderungen nicht nachkommen will, setzt es zunehmend auf militärische Befreiungsaktionen.³ Diese sind bislang stets gescheitert und hatten nicht nur den Tod von Geiseln zur Folge, sondern führen auch zu einer weiteren Eskalation des Konflikts in der Region.

Der Tod Bin Ladens Anfang Mai 2011 wird keinen Einfluss auf die weitere sicherheitspolitische Entwicklung in Mali

3. Tatsächlich ist das Verhalten Frankreichs ambivalent: So gab es nach der Entführung im Niger Kontakte zu den Entführern. Die Freilassung von drei Geiseln aus der Gruppe wird von Beobachtern auch auf eine Lösegeldzahlung zurückgeführt.

bzw. der Zentralsahara nehmen. AQMI operiert – wie die anderen lokalen Al Qaida-Netzwerke – autonom. Die politischen Forderungen nach der Entführung in Niger im letzten Jahr deuten zwar auf den Versuch einer politisch-ideologischen Anbindung an das Mutternetzwerk hin, für das operative Geschäft ist diese Anbindung jedoch nicht erforderlich. Welchen Einfluss der Tod Bin Ladens für die Befreiung der vier französischen Geiseln haben wird, bleibt abzuwarten. Möglicherweise wird AQMI sich mit einer Lösegeldzahlung begnügen.

Die Sicherheitslage verschärft sich

Die Lage in der Zentralsahara verschärft sich zunehmend: Im Zuge des Bürgerkriegs in Libyen sind Waffenlager geöffnet worden und Waffen (u.a. tragbare Flugabwehrraketen, die zum Abschuss von Kampf- und Passagierjets eingesetzt werden können, panzerbrechende Granaten, schwere Maschinengewehre, Sturmgewehre, ca. eine Tonne Plastiksprengstoff sowie Munition) sind in die Hände von AQMI gelangt. Diese signifikante Aufrüstung hat bereits zu einer Verschärfung der Sicherheitslage in der Region geführt. So haben von AQMI durchgeführte Selbstmordanschläge und Angriffe auf Sicherheitskräfte in Algerien zugenommen.

Die Entführung von einem Engländer und einem Italiener Mitte Mai im Nordwesten Nigerias, zu der sich AQMI-Mitglieder bekannt haben, löst Befürchtungen aus, dass AQMI aktiv eine Vernetzung mit der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram anstrebt und somit versucht seinen Einflussbereich auszuweiten. Der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan hat angekündigt, dass Nigeria seine sicherheitspolitische Kooperation mit den Nachbarstaaten ausweiten werde, um Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

Insgesamt ist eine Situation der Unsicherheit und Unklarheit entstanden: Wozu ist AQMI entschlossen? Wie weit reichen die Mittel und welche Unterstützung erhält AQMI von wem?

Mali bezahlt den Preis für das ungelöste AQMI-Problem

Obwohl Mali eines der ärmsten Länder der Welt ist, durchlief es eine für Westafrika bemerkenswerte politische Transformation. Bislang konnte die wirtschaftliche Entwicklung jedoch nicht im gleichen Schritt mit der politischen Transformation mithalten. Hohe Arbeitslosigkeit, gerade unter Jugendlichen, Korruption und ein nicht ausreichendes Wachstum sind die sozialen und wirtschaftlichen Charakteristika Malis. Dies führt zu einer Armutsrate von ca. 43,6 Prozent. Mali gehört nach wie vor zur Gruppe der LDC (*least developed countries*) und bietet für die Terroristen einen idealen Rückzugsraum in der Wüste. Dies schwächt den Staat weiter und behindert die dringend erforderliche wirtschaftliche Entwicklung im Norden Malis. Diese Gegend leidet bis heute unter den Folgen der Rebellionen und bietet wenig ökonomische Perspektiven für die Bevölkerung. Mit dem zunehmenden Auftreten AQMIs ist zudem eine wichtige Einnahmequelle, der Tourismus, fast völlig zum Erliegen gekommen.⁴ Damit bezahlt Mali einen hohen Preis für das ungelöste Terrorismusproblem der gesamten Region. Aufgrund des Mangels an wirtschaftlichen Perspektiven erhält AQMI von einigen Teilen der lokalen Bevölkerung logistische Unterstützung. Dies ist jedoch nicht zu verwechseln mit einer breiten ideologischen Zustimmung. Bislang zeichnet sich die malische Gesellschaft durch ein tolerantes und friedliches multi-ethnisches sowie multi-religiöses Zusammenleben aus.

Die Tuareg und das Friedensabkommen: echte Perspektiven schaffen

Hinzu kommt ein nur langsam anlaufender Friedensprozess, der den Konflikt zwischen der malischen Regierung und Tuareg endgültig beenden soll. Dieser Prozess ist jedoch Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Mali, da die Entwicklung der Nordregionen – zentraler Bestandteil des Friedensabkommens mit den Tuareg von 2006 – auch im Kampf gegen AQMI essenziell ist.

4. 2009 sank die Zahl europäischer Touristen, die Timbuktu, einen der touristischen Anziehungspunkte Malis, besuchten, aufgrund der von AQMI ausgehenden Gefahr für ausländische Besucher etwa um die Hälfte von 10.000 auf 5.000. Im selben Jahr sank die Zahl der Touristen in Mali insgesamt um knapp zwei Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Rückgang führte zu Verlusten von gut 76 Millionen Euro in den Jahren 2009 und 2010.

Die Entwicklung des Nordens wird dringend benötigt, da dort die Abwesenheit des Staates ein Klima der Straflosigkeit geschaffen hat, das neben terroristischen Aktivitäten auch Kriminalität begünstigt und somit insgesamt zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage führt.⁵

Ein neues Programm des malischen Präsidenten Amadou Toumani Touré (kurz: ATT), die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Nordregionen zu beschleunigen, ist eine hoffnungsvolle Reaktion, zumal AQMI nicht rein militärisch bekämpft werden kann. Armut und Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen und wirtschaftliche Unterentwicklung bieten einen Nährboden für fundamentalistisches Gedankengut. Sollte das Programm nicht die erhofften spürbaren Ergebnisse erzielen, könnte dies zu einer Eskalation führen, da die Erwartungen der lokalen Bevölkerung massiv enttäuscht würden und die einzige verbleibende wirtschaftliche Perspektive durch AQMI gegeben wäre.

Malische Regierung – eine neue Entschlossenheit

Lange Zeit hat Mali sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht entschlossen genug gegen AQMI vorzugehen. Dies war kein Zufall, der malische Präsident zögerte, da zum einen die (militärischen) Möglichkeiten Malis sehr begrenzt sind (die Armee ist nur 8.000 Mann stark) und er zum anderen eine Destabilisierung seines Landes befürchtet. Entsprechend verfolgte die malische Regierung lange eine Politik des Stillhaltens gegenüber AQMI, da andernfalls mit Vergeltungsaktionen gerechnet werden müsste, die den Staat hart treffen könnten.⁶ Denn AQMI ist entschlossen, jede gegen sie gerichtete Handlung gewaltsam zu beantworten. Dies bewies die Gruppe im Juli dieses Jahres, als sie als Vergeltung für eine mauretanische Militäraktion in Mali einen Militärstützpunkt in Mauretanien angriff. Darüber hinaus ist eine Stärkung radikal-islamischer Kräfte in der malischen Gesellschaft nicht auszuschließen. Beide Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen. Trotz einer beeindruckenden

demokratischen Entwicklung steht eine Konsolidierung der malischen Demokratie noch aus. Im gesellschaftlichen wie politischen Leben Malis ist ein wachsender Einfluss des Islam festzustellen. Zusammen mit einer insgesamt schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und einem offensiven, militärischen Auftreten der Regierung gegenüber AQMI – womöglich an der Seite Frankreichs und den USA, deren militärische Präsenz von der Öffentlichkeit als sehr kritisch wahrgenommen wird – könnte dies letztlich zu einer Gefährdung der Demokratie führen.

Aufgrund der lange – regional wie international – als zu lax wahrgenommenen Haltung Malis wurde entsprechend Druck auf die malische Regierung ausgeübt. Erste Anzeichen für eine sich verändernde malische Politik sind inzwischen zu erkennen. So betreibt der im Frühjahr 2011 neu ins Amt gekommene malische Außenminister sehr engagiert einen regionalen wie internationalen Dialog. Vor allem aber verstärkt die malische Armee ihre Präsenz im Norden des Landes, um gegen AQMI, den Drogenschmuggel und andere kriminelle Aktivitäten vorzugehen. Dies könnte auch im Zusammenhang mit der Entscheidung der malischen Regierung stehen, demnächst mit der Förderung der Ölvorkommen in der Sahara zu beginnen.

Darüber hinaus versucht die Regierung, den de facto zum Erliegen gekommenen Tourismus wiederzubeleben: Mit einer Mischung aus finanzieller Unterstützung der Tourismus-Industrie (bestehend aus Steuererleichterungen z.B. für Hoteliers, Reiseagenturen und lokale Reiseführer) und der militärischen Absicherung der wichtigsten touristischen Attraktionen des Landes, soll die Branche stabilisiert werden.

Regionale Kooperation erforderlich

Mali wird jedoch ein regionales Problem nicht im Alleingang lösen können; regionale Kooperation ist unabdingbar. Auch in diese ist Bewegung gekommen: Nach der Einrichtung einer gemeinsamen Antiterror-Kommandozone von Mali, Algerien, Niger und Mauretanien im südalgerischen Tamanrasset im letzten Jahr, ist im Frühjahr 2011 von den vier Staaten der Aufbau einer regionalen Eingreiftruppe beschlossen worden. Zudem hat Algerien Mali zehn Mio. US-Dollar für die Entwicklung des Nordens zugesagt, die bestehende Koopera-

5. Die Friedensverträge mit den Tuareg sehen den Rückzug der malischen Armee aus dem Norden vor. Anstatt zu einer Befriedung der Lage beizutragen, hat dies jedoch das Gegenteil bewirkt: Bewohner der Nordregionen beschwerten sich zunehmend über Übergriffe und einen Mangel an Sicherheit.

6. Anfang 2010 begnadigte ATT sogar vier Anhänger von AQMI aus einem malischen Gefängnis, um die Freilassung einer französischen Geisel zu erwirken. Dies führte zu so großer Empörung auf algerischer und mauretanischer Seite (beide Staaten gehen offensiv gegen AQMI vor), dass sie zeitweise ihre Botschafter aus Mali zurückriefen.

tion zwischen Mali und Niger soll ausgeweitet werden und die malische und mauretanische Armee haben ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, das bereits zu gemeinsamen militärischen Aktionen gegen AQMI geführt hat.

Folgen für die internationale Zusammenarbeit

Nicht nur Mali und die Staaten der Region sind von AQMI und den Auswirkungen betroffen, auch die Ansätze der internationalen Zusammenarbeit sind von dieser Entwicklung bedroht. Zum einen direkt, weil die Arbeit vor Ort im Norden Malis erschwert wird. Die internationale Kooperation kann nicht mehr im vollen Umfang vor Ort arbeiten, dies verstärkt den Teufelskreislauf von Unsicherheit und Unterentwicklung und führt zu einem deutlichen Rückgang des Tourismus und einer wirtschaftlichen Stagnation. Aufgrund dieser Entwicklung erscheint häufig die logistische Unterstützung von kriminellen bzw. terroristischen Handlungen als einzige Alternative. Dies wiederum führt zu einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage.

Zum anderen wird aber auch die Arbeit der internationalen Zusammenarbeit indirekt, sprich mittel- bis langfristig gefährdet. Verflechtungen des malischen Staats- und Sicherheitsapparates in Drogen- und Waffenschmuggel sowie Korruption führen zu einer weiteren Destabilisierung eines ohnehin schwachen Staates. Ein Mindestmaß an funktionierender Staatlichkeit und guter Regierungsführung sind jedoch auch Voraussetzung für eine dauerhaft erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit.

Empfehlungen für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit

1. Die demokratischen Institutionen in Mali stärken

Auch 20 Jahre nach dem demokratischen Wechsel bleiben Schwächen der demokratischen Institutionen und Prozesse erhalten. Noch widerspricht Mali dem Paradigma, dass politische und wirtschaftliche Entwicklung Hand in Hand gehen bzw. einander bedingen. Die Zustimmungsraten zur Demokratie sind recht hoch, auch

wenn sich diese in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für viele längst nicht auszahlt. Begründet wird dies mit den Erfahrungen der Diktatur, die im kollektiven Gedächtnis – noch – präsent ist. Sollte sich dies mittel- bis langfristig jedoch nicht verbessern, kann die Zustimmung zum demokratischen System gefährdet sein. Gerade die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist hierbei ein nicht zu unterschätzender Faktor. Eine weitere Konsolidierung der malischen Demokratie ist folglich notwendig, denn nur eine starke Demokratie wird sich erfolgreich gegen die Bedrohung durch den Terrorismus und organisierte Kriminalität wehren können. Dafür müssen die demokratischen Institutionen gestärkt, demokratische Abläufe verfestigt und das Vertrauen in staatliche Institutionen aufgebaut werden. Eine gute Regierungsführung ist hierfür entscheidend. Auch wenn es sich hierbei zunächst um essenzielle Aufgaben des malischen Staates handelt, sollten die Akteure der internationalen Zusammenarbeit ihre Partner auch weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen, die teilweise noch schwache und dysfunktionale malische Demokratie zu konsolidieren. Grundlegendes Problem ist der Mangel an Vertrauen in den Staat, was zu einer fehlenden gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohlorientierung führt. Hier gilt es anzusetzen: Die Leistungen des Staates für die Bürger müssen erhöht und sichtbar gemacht werden, um somit eine funktionierende Demokratie zu unterstützen wie auch ein Gemeinwesen aufzubauen. Damit geht auch die Frage nach dem Erhalt des sozialen Friedens einher – ein Aspekt, der die demokratische Zukunft Malis maßgeblich mitbestimmen wird. Hier sollten die Akteure stärker die Interdependenzen zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in den Blick nehmen und auf eine sozial gerechte Umverteilung hinwirken.

2. Die demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors ausbauen

Die Sicherheitspolitik wird wie kein anderes Politikfeld in Mali von der Exekutive dominiert. Weitere Akteure erhalten weder Informationen noch die Möglichkeit zur Partizipation. Eine demokratische Gestaltung der Sicherheitspolitik kann jedoch nicht ausschließlich über die Exekutive erfolgen. Hierfür sind politische Parteien und das Parlament zentrale und unentbehrliche Akteure. Nur wenn sie sich erfolgreich einbringen, kann eine demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors erfolgen. Das



wiederum würde den erforderlichen transparenten Umgang mit diesem in Mali sehr sensiblen Thema fördern. Um dies erfolgreich umsetzen zu können, ist der Aufbau ihrer Kapazitäten erforderlich. Zum einen müssen gerade Parlamentarier noch stärker die parlamentarischen Abläufe kennen und praktizieren, zum anderen benötigen sie einen gezielten sicherheitspolitischen Kompetenzaufbau.

3. Organisierte Kriminalität und Korruption bekämpfen

Ein zentraler Bestandteil grenzüberschreitender organisierter Kriminalität ist der internationale Drogenschmuggel. Zwar sind die Drogenfunde in Westafrika in den letzten Jahren rückläufig gewesen. Dies wird jedoch weniger mit einem Rückgang des Schmuggels, als vielmehr mit der Unkenntnis neuer Schmuggelrouten und -arten in Verbindung gebracht. Das *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) hat mehrere Initiativen implementiert, um westafrikanische Ländern bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels zu unterstützen.⁷ Darüber hinaus hat die ECOWAS einen regionalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenschmuggels erstellt.⁸

Organisierte Kriminalität in Westafrika umfasst jedoch weitaus mehr als den Drogenschmuggel. So werden Waffen, Menschen (Sklavenhandel, Zwangsprostitution), Zigaretten, gefälschte Medikamente und gestohlenes Öl illegal gehandelt. Handlungsansätze dürfen sich demzufolge nicht ausschließlich auf die Bekämpfung des Drogenschmuggels konzentrieren. So ist die Umsetzung der *ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons* ein wichtiger Ansatz in Westafrika.

Hinzu kommt die zunehmende Korruption demokratischer Institutionen und Akteure. Diese findet mittlerweile auf vielen Ebenen des malischen Staats- und Sicherheitsapparates statt, wodurch zum einen die noch nicht konsolidierte malische Demokratie bedroht wird. Zum anderen entsteht somit bei Akteuren, die u.U. wichtige Entscheidungsprozesse beeinflussen können, ein großes

Interesse an der Beibehaltung des Status Quo, was sie zu Spoilern werden lässt. Hier muss eine gezielte Korruptionsbekämpfung ansetzen, wofür aber der politische Wille malischer und anderer afrikanischer Akteure unabdingbar ist. Unterstützt werden können die malischen Partner konkret im Auf- und Ausbau ihrer Kapazitäten im Kampf gegen die Geldwäsche. So ist die Aufnahme Malis in die Egmond-Gruppe im Juli dieses Jahres ein wichtiger Schritt in Richtung internationale Vernetzung und Kooperation. Internationale Akteure können in Mali weiter zu diesem Thema arbeiten, insbesondere im Bereich der Sensibilisierung staatlicher wie auch zivilgesellschaftlicher Akteure, um das gesellschaftliche Bewusstsein zu stärken. Darüber hinaus müssen globale Zusammenhänge noch stärker berücksichtigt werden: Der Kampf gegen organisierte Kriminalität kann nicht allein auf der nationalen Ebene stattfinden, selbst die regionale Ebene ist hierfür nur teilweise ausreichend. Vielmehr muss in kontinentübergreifenden kontinuierlichen Dialogforen Kooperation etabliert werden. Damit einher geht die Verzahnung nationaler, regionaler und internationaler Ansätze zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Bislang existiert eine recht unübersichtliche Landschaft verschiedener internationaler Institutionen, regionaler Organisationen sowie nationaler Ansätze. Hier gilt es, mehr Kohärenz und gemeinsame Strategien zu schaffen.

4. Staatliche Souveränität durchsetzen

Gegenwärtig ist der malische Staat außerhalb der Städte im Norden nicht präsent. Dort gibt es keine Polizei, keine Gerichte, keine Gefängnisse. Dies trägt zu einem Klima der Unsicherheit bei. Eine funktionierende staatliche Souveränität benötigt auch eine funktionierende Verwaltung. Bislang sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt. Der malische Staat sollte weiter in seinen Bemühungen unterstützt werden, eine politische Lösung für den Terrorismus und organisierte Kriminalität zu finden. Dazu gehört zunächst einmal die Durchsetzung seiner Souveränität im Norden Malis mithilfe einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit. Dies wird auch dringend benötigt, um die spürbare Unsicherheit bei der lokalen Bevölkerung zu beenden und Vertrauen aufzubauen.

7. Die UN rief 2009 mit Unterstützung u.a. von UNODC und der ECOWAS die West Africa Coast Initiative ins Leben. Die Initiative stellt technische Hilfe sowie capacity building auf nationaler wie subregionaler Ebene zur Verfügung.

8. ECOWAS Regional Action Plan to Address the Growing Problem of Illicit Drug Trafficking, Organized Crime and Drug Abuse in West Africa (2008–2011).

5. Einen regionalen Lösungsansatz finden

Nationale Ansätze alleine können diesen Herausforderungen nicht gerecht werden, nur eine regionale Kooperation, die sich über Nord- und Westafrika erstreckt, wird einen langfristigen und nachhaltigen Frieden in den Anrainerstaaten der Sahara erreichen können. Dafür müssen regionale sicherheitspolitische Strategien, Strukturen und Instrumente unterstützt werden (z.B. die EU-Afrika Partnerschaft oder die *Joint Africa – EU Strategy*). Die ECOWAS, die dem Konflikt in der Zentralsahara lange wenig Beachtung geschenkt hat, diskutiert nun gegenwärtig eine *Counter-Terrorism Strategy*.

Neben militärischen Kooperationen wird es künftig vor allem darum gehen, gemeinsame politische Antworten zu finden. Zunächst ist es essenziell, einen inklusiven Ansatz zu verfolgen, der das Problem als ein gemeinsames nord- und westafrikanisches auffasst. Die Einbindung Algeriens auch von internationalen Akteuren ist dabei unerlässlich. Hierfür ist ein gewisser politischer Spagat erforderlich, jedoch kann ohne Algerien keine Lösung erreicht werden. Die EU kann für einen Dialog das Assoziationsabkommen mit Algerien und die entsprechende Road Map nutzen.

Des Weiteren müssen bi- und multilaterale Strategien harmonisiert bzw. mindestens miteinander verzahnt werden. Dies betrifft zunächst die nationalen Strategien bzw. Ansätze. Hierfür ist notwendig, dass die von ATT geforderte Konferenz der Staatshäupter der Region zur Zentralsahara endlich zustande kommt und sie diesbezüglich Vorschläge unterbreitet. Darüber hinaus ist der begonnen Abstimmungsprozess zwischen Mali und der Europäischen Union hinsichtlich des malischen Programms zur Entwicklung des Nordens und der Strategie der EU für die Region (*European Strategy for Security and Development in the Sahel*) zu begrüßen⁹. Beide Strategien sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.

6. Die jungen Demokratien in Nordafrika unterstützen

Die jungen Demokratien – bzw. ihre Anfänge – in Nordafrika / dem Nahen Osten benötigen internationale Unterstützung. Sie sind vor allem auf die Hilfe der EU angewiesen, um die wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen, die während der Revolutionen deutlich geäußert wurden, zu erfüllen. Werden diese Hoffnungen nicht zumindest ansatzweise befriedigt, besteht eine große Gefahr, dass in einigen Jahren islamistische Strömungen, Gruppen etc. Aufwind erfahren können. Die Islamisten haben es nicht geschafft, auf den Revolutionsschub aufzuspringen, gegenwärtig sind sie politisch irrelevant. Wenn die neuen Demokratien »nicht liefern«, kann sich das Blatt sich jedoch noch wenden und damit die politische Stabilität in Nord- und Westafrika beeinflussen.

9. Die EU stellt für ihre Ansätze dabei für Mali, Niger und Mauretanien zusammen 150 Millionen Euro zur Verfügung, davon sind 50 Millionen Euro für die Umsetzung in Mali vorgesehen.



Über die Autorin

Annette Lohmann ist die Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako, Mali. Zuvor hat sie im Nahostreferat der FES in Berlin gearbeitet. Von 2005 – 2007 war sie Vertreterin der FES in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7464 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen
Oliver.Dalichau@fes.de

Die komplexe Konfliktsituation macht umfassende Ansätze erforderlich. Hierfür müssen Akteure wie das malische Parlament, die politischen Parteien und die Medien über entsprechende sicherheitspolitische Kompetenzen verfügen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung Mali hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, den Dialog über diese Konflikte zu fördern, ihre Partner mit sicherheitspolitischen

Fragestellungen vertraut zu machen, sie bei ihrer Strategiebildung zu unterstützen und somit eine aktive und demokratische Gestaltung von Sicherheitspolitik zu fördern. Eine ausführlichere Analyse der Konfliktsituation ist zu finden unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/nigeria/08181.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.